

Gärtner-Zeitung

Gewerkschaftliche Zeitschrift des Allgem. Deutschen Gärtner-Vereins
(Sitz Berlin) und des Verbandes der Gärtner Österreichs (Sitz Wien)

Erscheint jeden Sonnabend.

Für Mitglieder oben genannter Verbände jede zweite Nummer mit der illustrierten Beilage „Gärtnerei-Fachblatt“. Mitglieder dieser Verbände erhalten beide Fachzeitschriften unentgeltlich.
** Annahmeschluß für dringende Berichte: Montag früh. **

Schriftleitung und
Versand:

Berlin S 42, Luisenufer 1
Fernruf: Moritzplatz 3725

Bezugs-Bedingungen:

Vierteljährl. ohne „Gärtnerei-Fachblatt“ durch die Post 3.- Mk. unter Streifband 3 50 Mk. — Sonderbezug des „Gärtnerei-Fachblatts“ vierteljährl. durch die Post 1.- Mk. unter Streifband 1.30 Mk. — Geschäftl. Anzeigen nur im „Gärtnerei-Fachblatt“

Die zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder des A. D. G. V. erhalten auch während dieser Zeit die Allgemeine Deutsche Gärtner-Zeitung regelmäßig zugestellt. Die Zustellung erfolgt vierzehntägig durch Feldpostbrief. Bei etwaigem Ausbleiben ist dies sofort der zuständigen Versandstelle zu melden und dabei jedesmal die genaue Feldadresse (ohne Abkürzungen!) mitzuteilen. — Von der Beitragsleistung sind die zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder befreit.
(Mitgliedsbücher sind beim Verbandsamt zum Aufbewahren zu hinterlegen.)

Das „Gärtnerei-Fachblatt“ wird während der Kriegszeit nicht herausgegeben; sein Anzeigenteil erscheint in dieser Zeit in der „Allgemeinen Deutschen Gärtner-Zeitung“. — Anzeigen-Bedingungen: Die fünfspaltige Nonpareillezeile 30 Pfg. Bei Wiederholungen Ermäßigung.
Schluß der Anzeigen - Annahme eine Woche vor dem Erscheinungstage.
Alleinige Anzeigen - Annahme:
Josef Wichterich, Leipzig, Bosestraße 6.

Unser Wille zur Macht.

Unser Wille. Das heißt derjenige der lohnarbeitenden und der sonstigen wirtschaftlich schlecht gestellten, sozial benachteiligten und politisch hinten gesetzten Bevölkerungsschichten.

Haben wir solchen Willen?
Viele sagen ja, viele nein.

Dieser Tage fand die Eröffnung des preußischen Landtages statt. In der Thronrede, die jeweil die Aufgaben der Tagung kurz aufzählt und auch sonst einige Rück- und Ausblicke gibt, ist eine Stelle enthalten, in welcher gesagt wird, der Geist des gegenseitigen Vertrauens und Verstehens im Volke werde auch im Frieden fortwirken, und dieser werde unsere öffentlichen Einrichtungen durchdringen und lebendigen Ausdruck finden „in unserer Verwaltung, unserer Gesetzgebung und in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in deren gesetzgebenden Körperschaften“. In diesen Worten liegt das Versprechen einer zeitgemäßen Änderung der Wahlrechte, im besonderen des Wahlrechts zum preußischen Landtage. Die sogenannte konservativ, in Wirklichkeit rückblickend und zurückentwickelnd gerichteten Politiker sind dieser zu noch gar nichts Bestimmtem verpflichtenden Worten gegenüber schon verschmüpft, und sie tadeln die Regierung darüber, denn nach ihrer Meinung sollen die großen Massen des Volkes an Gesetzgebung und Verwaltung möglichst wenig beteiligt werden, liegt das Heil des Staates darin, daß nur die oberen Schichten gesetzgeberisch wirken und die unteren sich deren Weisheit einfach vertrauensvoll unterordnen. Die anderen politischen Kreise jedoch äußern darüber ihr Mißfallen, daß die Regierung sich über die so sehr wichtige Angelegenheit nicht deutlicher, bestimmter, mehr versprechend ausgedrückt hat. Und sie verweisen darauf, daß bereits die Thronrede von 1908 in dieser Hinsicht viel mehr versprochen, die Regierung zu viel mehr verpflichtet hatte. Wenn nun schon damals das Versprechen nicht eingelöst wurde, dann . . . und so weiter.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Regierung sich bei dieser Angelegenheit in einer nicht angenehmen Lage befindet. Man merkt auch sonst überall, wie die deutschen Regierungskreise mehr und mehr erkennen, daß die alten Geleise und Formen nicht mehr zeitgemäß sind und darum erneuert und durch andere ersetzt werden müssen. Im besonderen merkt man das in der Haltung gegenüber den Berufsverbänden der Arbeiterschaft und gegenüber den sonstigen Selbsthilfegemeinschaften und dergleichen der lohnarbeitenden Volksschichten. Aber man gewahrt auch, wie das „Neuorientieren“ überall auf Hindernisse stößt, die besonders konservative und verwandte politische Kreise sowie jene Richtungen in der Arbeiterschaft aufgerichtet haben und nicht beseitigen wollen, die sich selbst in den alten Geleisen und Formen am wohlsten gefühlt haben und glauben, ihr eigenes Wohl sei gleichbedeutend mit dem Staatswohl.

Andererseits wissen die Regierungen noch nicht so recht, ob auf die Staats- und Wirtschaftspolitik „zur Linken“ auch wirklich derjenige Verlaß ist, der notwendig wäre, um mit dieser „Linken“ nötigenfalls eine „Neuorientierung“ gegen die „Rechten“ einzuleiten und durchzuführen. Während der Kriegszeit Kämpfe in der inneren Politik entfachen zu lassen, kann die Regierung nicht verantworten, und darum ihre so wenig bestimmte Haltung

in der Wahlrechtsfrage. Wir meinen zwar, sie hätte in dem Punkte durchaus schon mehr tun können; denn wenn wirklich da eine kleine Minderheit gegrollt hätte, so würde das dem siegreichen Durchhalten im Kriege keinen Eintrag tun. Die erdrückend große Masse, sicher 90 von 100, würde mit neuer, größerer Kraft und Begeisterung für ihr Vaterland erfüllt worden sein. Und es wäre dadurch ein Gewinn herausgesprungen, der den etwaigen Verlust zehnfach ausgeglichen hätte. Mit uns meinen das alle die großen Volksmassen, die ihr Vaterland gerade solcher inneren Entwicklungsmöglichkeiten wegen lieben und die ihr Leben aus diesem Grunde opfermutig in die Schanze schlagen. Aber unsere Regierungsleute denken eben noch anders, und darum zögern und schaukeln sie, suchen sie sich ihre alten Freundschaften noch zu erhalten.

Die neu zu gewinnende Linke muß erst selbst noch beweisen, daß mit ihr auf die Dauer Regierungspolitik gemacht werden kann. Diese Linke ist aber nichts ohne die stärkste politische Partei: ohne die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie wiederum ist noch immer nicht soweit abgeklärt, daß mit Bestimmtheit erkenntlich ist, was mit ihr als Partei werden wird. Die Zerspaltung ihrer früheren Geschlossenheit durch die Kriegskreditverweigerer in ihren Reihen, der in letzter Zeit wieder gewachsene Einfluß der Wortradikalen und der Revolutions-Putschisten, die sich von dem verderblichen Gedanken nicht trennen wollen, daß „alles erst noch schlechter werden muß bevor es einmal besser wird“, ist ein Zustand der allerbedenklichsten Art. Und wir haben allen Grund, dieser Erscheinung unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden, um, wenn es da wirklich zum Zerfall kommen sollte — was niemand wünschen darf, der da weiß, daß dann auch eine große Macht der Arbeiterschaft dahin wäre —, vorbereitet zu sein, daß die Arbeiterschaft dennoch den Einfluß behält, diesen festigen und erweitern kann, den sie zumteil schon vor dem Kriege hatte und den sie sich während des Krieges noch hinzuerobert hat.

Es gibt nicht wenige, die da immer wieder krächzen: „Nach dem Kriege kommt's wieder ganz anders, da wird's genau so, wie es früher war.“ Ganz sicher und gewiß werden wir auf den innerpolitischen Zustand vor dem Kriege wieder zurückgeschleudert werden, wenn wir selbst uns mit solchen Gedanken schon vertraut machen. „Alles, was in der Welt geworden ist, ist durch Begeisterung geworden.“ durch die, die an den Sieg ihrer Sache glaubten und die darum die Kraft und den Willen hatten, den Sieg durchzusetzen. Zweifler und Unglücksraben haben noch immer nur Rückschlag und Unglück herbeiführen helfen.

Es gibt für die zukünftige Arbeiterpolitik nichts Verhängnisvolleres, als jene gegenwärtige Verneinungspolitik der Kriegskreditverweigerer und ihres Anhangs; sowohl im Hinblick auf die zu erwartende Änderung in der Gesetzgebung, als auch in der Verwaltung. Die Landtags-Thronrede von 1908 versprach in Bezug auf das Wahlrecht mehr als die von 1916 versprochen hat. Aber man weiß doch auch nur zu gut, warum das Versprechen nicht eingelöst worden ist, werden konnte. Die schwache Erklärung von 1916 wird der Ausgangspunkt für grundstürzende Änderungen im Sinne der Wünsche des lohnarbeitenden Volkes werden, wenn dieses Volk seinen allesbezwingenden Willen zur Geschlossenheit und zur Macht bekundet.

Bricht das Gehälk der großen sozialdemokratischen Partei zusammen, jener Partei, die an erster Stelle berufen wäre, die neue Politik eines neuen, innerlich freieren und größeren, weil gegenüber den unteren Volksschichten gerechteren, Deutschland herbeiführen zu helfen und mit ihren Idealen fruchtbar zu beeinflussen, so muß die Arbeiterschaft als solche sich erheben und eine neue Geschlossenheit zu bilden suchen. Eine neue Geschlossenheit, die den geeinten Machtwillen all derer zum Ausdruck bringt, die nicht um grauer Theorien willen den besten Teil ihres Seins preisgeben, sondern die alles daran setzen wollen, sich im Wirtschafts- und Staatsleben durchzusetzen, damit sie Schritt um Schritt zu ihren Zielen kommen. Eine Geschlossenheit, die auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse mit den einmal vorhandenen Tatsachen rechnet. Eine Geschlossenheit, die vor allem in den wirtschaftlichen Verbänden der Arbeiterklasse mit Hinzuziehung all der Angestellten- und sonstigen Volksschichten, die ebenfalls aus den Niederungen zur Höhe streben, ihren Ausdruck und ihren Rückhalt findet. Was bei einem etwaigen Zusammenbruch der politischen Arbeiterpartei, das heißt der Sozialdemokratie, den heute schon viele als bevorstehend ernstlich befürchten und den wahnwitzigen Worthelden bewußt und mit Absicht herbeizuführen suchen, die Arbeiterschaft an politischer Macht verlieren würde, das muß sie mit Eifer bestrebt sein, auf der anderen Seite nicht bloß wiederzugewinnen, sondern darüber hinaus noch erheblich zu erweitern!

Die ganzen inneren Machtverhältnisse werden künftighin sowieso nicht mehr so sehr bei den politischen Parteien selbst verein sein, als vielmehr bei den wirtschaftlichen Organisationen der verschiedenen Volksschichten. Und die Gewerkschaften sollen den Kern dieser Machtgruppierung bilden.

„Es soll ein neues Deutschland werden, in dem auch der Arbeiter als gleichberechtigter Bürger angesehen ist, und es wird ein neues Deutschland werden! Die Zuversicht lassen wir uns nicht rauben, und dafür werden wir allezeit unsere besten Kräfte einsetzen!“ So schließt Paul Umbreit seine prachtvolle Festschrift „25 Jahre deutscher Gewerkschaftsbewegung“. Es wird ein neues Deutschland werden; denn wir haben den Machtwillen der unerschütterlichen und stetig sich erweiternden Geschlossenheit zu diesem Ziele.

Der Wille zur Macht hat noch in allen großen Geschehnissen die Entscheidung gebracht und dem die Siegespalme zuerteilt, der diesen Willen mit entschlossener Tatkraft zum Ausdruck brachte.

Gemeinschaftsarbeit.

VI.) Stimmen zum Scheitern des ersten Versuchs.

In Nr. 49 haben wir, unter Mitteilung des gepflogenen Briefwechsels, unsern Lesern bekannt gegeben, daß der erste Versuch, eine Arbeitsgemeinschaft der drei Angestellten- und Gehilfenverbände zu schaffen, gescheitert sei.

Die Hauptverwaltung des Verbandes Deutscher Privatgärtner, genauer gesagt der Vorsitzende dieses Verbandes, Herr Obergarteninspektor H. R. Jung, hatte auf den Vorschlag des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins, „eine gemeinsame unverbindliche Aussprache der drei in Betracht kommenden Hauptvorstände“ herbeizuführen, eine Antwort erteilt, und auch sonst eine Haltung bekundet, die nicht bloß als höfliche, sondern sogar als eine kühl-frostige Ablehnung in bewußt und gewollt verletzender Form zu werten war.

Zu diesem Ausgang sind mir nun mancherlei Zuschriften zugegangen: solche, die darüber ihr Bedauern aussprechen und solche, die da sagen, das hätte jeder, der Herrn Jung kennt, mir schon voraussagen können. Ähnlich verschieden sind die Äußerungen in der Presse. Über die wichtigsten der letzteren sei hier kurz berichtet.

Als erste Preßstimme ist diejenige des ehemaligen Zentralorgans der sozialdemokratischen Partei, des „Vorwärts“, anzuführen. Der „Vorwärts“ hatte schon von meinem Aufruf „Einer muß den Anfang machen“ mit sauer-süßer Miene Kenntnis genommen (5. Sept. 1915). Das Scheitern der Anrogung begleitete er dann (23. Dez.) mit genugtuender Schadenfreude und einer Verhöhnung des Anregers der Angelegenheit. Das Blatt überschrieb seine diesbezügliche Mitteilung mit der Stichmarke: „Das Ende vom Anfang“. Der solchergestalt bekundete Jubel überrascht aber niemand, der da weiß, wie heute der „Vorwärts“ zu werten ist. Seine derzeitige Schriftleitung hat ihn während der Kriegszeit ja zum „Zentralunglücksorgan der Partei“ gewandelt, wie ein bekannter soz.-dem. Abgeordneter es einmal sehr treffend bezeichnete. Ein Blatt, das die Zerstörung und Zerbrückelung der eigenen Partei systematisch betreibt, kann auch unmöglich Freude an Bestrebungen haben, die auf eine aufbauende Gemeinschaftsarbeit abzielen.

*) Vergleiche hierzu die Aufsätze in der A. D. G. Z. 1915, Nr. 36 („Einer muß den Anfang machen“), Nr. 41, 42, 44, 49 („Gemeinschaftsarbeit“, I. bis V.).

In der Zeitschrift des Deutschen (nation.) Gärtnerverbandes nahm zuerst (23. Dez.) Herr Hülsler das Wort, der bekanntlich als erster auch nicht recht heranmochte und der auch noch jetzt von dem Gedanken einer „Bindung“ für Gemeinschaftsarbeit nicht besonders erbaut scheint. Herr Hülsler schließt indessen seine Betrachtungen mit den Worten: „Wenn alle Teile bereitwillig bei sich selbst die Voraussetzungen von solcher Gemeinschaftsarbeit und zu einem besseren Nebeneinanderleben schaffen, wird's gewiß gehen. Der andern Organisation die Luft gönnen zum Leben, das ist alles!“ In der Nr. 1 derselben Zeitschrift (13. Jan. 1916) äußert sich gelegentlich eines Jahresrückblicks Herr Seidensticker wie folgt: „Die Frage eines Bündnisses zwischen den bekannten drei Verbänden stand in den letzten Monaten im Vordergrund des Interesses. Der Plan ist vorläufig zerschellt. Wir haben darüber ausführlich in unserer Zeitung berichtet. Es sei aber nochmals festgestellt, daß auch ohne ein festes Bündnis jetzt und in Zukunft ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten möglich ist. An uns wird es nicht liegen. Die kommende Zeit wird ihre Rechte fordern und bestimmen, was notwendig ist. Gewisse alte Zustände möchten wir nicht wiederkehren sehen.“

Der Herausgeber der „Gartenwelt“, Herr M. Hesdörffer, schreibt zur Sache (24. Dez.):

Die Gemeinschaftsarbeit der Gehilfen- und Angestelltenverbände, die Herr Otto Albrecht in dankenswerter Weise für alle Fragen vorgeschlagen hatte, welche die gärtnerischen Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf fach- und politische Stellung gleichmäßig angehen, eine Gemeinschaftsarbeit, die noch zu einer solchen mit den Arbeitgebern hätte erweitert werden können, scheint leider vorläufig zu Wasser geworden zu sein. In der „Allgem. Deutschen Gärtner-Zeitung“ schildert Herr Albrecht die Ursachen, die das Scheitern seiner Einigungsbestrebungen, die jedem der in Frage kommenden Arbeitnehmerverbände die vollständige Selbständigkeit gelassen haben würde, zur Folge hatten. Aus der dort gegebenen, durchaus sachlichen Darstellung geht zweifellos hervor, daß der Hauptvorsitzende des Verbandes der Deutschen Privatgärtner dieses Scheitern verursacht hat. Herr Otto Albrecht schreibt hierzu: „Die Hauptverwaltung des Verbandes Deutscher Privatgärtner weist die dargebotene Hand zurück, sie lehnt selbst eine ganz unverbindliche gemeinsame Aussprache ab, sie bekundet also damit, daß sie mit dem Gedanken einer Gemeinschaftsarbeit der drei Verbände in irgendwelcher Sache nichts zu schaffen haben will.“ Das ist im höchsten Grade bedauerlich, aber es fragt sich doch, ob das Gros der Mitglieder des genannten Verbandes auf dem ablehnenden Standpunkt der Hauptverwaltung, richtiger gesagt, des Hauptvorsitzenden, Herrn Obergarteninspektor Jung, steht. Ich möchte dies ernstlich bezweifeln, vielmehr annehmen, daß die Mitglieder in dieser Sache wohl gar nicht gehört worden sind.

Herr Albrecht hätte den Vorschlag zu einer gemeinsamen, unverbindlichen Aussprache der Hauptvorsitzenden der drei in Betracht kommenden Verbände gemacht. Der Hauptvorstand des Deutschen Gärtnerverbandes hatte seine Beteiligung zugesagt, während der Verband der Privatgärtner dieselbe ablehnte.

Wir haben seinerzeit die dankenswerten Albrecht'schen Vorschläge hier in der „Gartenwelt“ veröffentlicht, unserer Ansicht über dieselben Ausdruck gegeben, und auch einer uns aus dem Mitgliederkreise des Verbandes Deutscher Privatgärtner zugegangenen Zustimmung Aufnahme gewährt, wir fühlen uns deshalb jetzt auch verpflichtet, unseren Lesern vom Scheitern dieser Einigungsbestrebungen Kenntnis zu geben. Das betäubende Beispiel, das der Leiter des Verbandes Deutscher Privatgärtner in der beregten Sache gegeben hat, ist und bleibt hoffentlich in der gegenwärtigen ersten Zeit eine Ausnahme, die den Siegeszug der Einigung und der Gemeinschaftsarbeit, welcher durch das ganze deutsche Volk geht, nicht aufhalten wird. Für die Vereinsmeierei im unrühmlichen Sinne wird bald kein Platz mehr im einigen deutschen Vaterlande sein.

Besonders hervorzuheben ist noch, was das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ schreibt (11. Dez.):

Die „Allgemeine Deutsche Gärtner-Zeitung“ berichtet über die von ihrer Seite ausgehenden Bestrebungen, ein Zusammenwirken der gärtnerischen Arbeitnehmerorganisationen in sozialen und wirtschaftlichen Fragen herbeizuführen, die in gleichem Maße die drei Organisationen interessieren. Während die christliche Organisation sich zustimmend geäußert hat, lehnt der Verband der Privatgärtner unter einem wichtigen Vorwand ein solches Zusammenwirken ab. Dieser unterstellt dem Allgemeinen Deutschen Gärtner-Verein, einem „sozialdemokratischen Verbande“ (gemeint ist die Generalkommission) angeschlossenen zu sein, woran das Zusammenwirken scheitern müßte. Diesen Unsinn nochmals verzapft zu sehen in einer Zeit, wo die höchsten Reichsbehörden täglich mit unseren Gewerkschaften über die bedeutsamsten Fragen der Volkswirtschaft verhandeln, bei der Lösung dieser Fragen also mit uns „zusammenwirken“, läßt mehr auf bösen Willen als auf Dummheit schließen und verdient deshalb auch an dieser Stelle festgehalten zu werden.

Dieses wären also die wichtigsten Pressestimmen, mit deren Wiedergabe wir uns hier begnügen wollen. —

VII. Ein Mißverständnis? — oder ein Rückzug?

Herr H. R. Jung — bestreitet jetzt, eine gemeinsame Aussprache der drei Verbandsvorstände abgelehnt oder verhindert zu haben.

Unter dem 5. Januar d. J. übersandte mir nämlich der Herausgeber der „Gartenwelt“, Herr M. Hesdörffer, die Abschrift einer von Herrn Jung an ihn (Hesdörffer) gerichteten sogenannten Berichtigung zur Kenntnisaufnahme und Äußerung dazu. Der letzteren wurde ich jedoch entziehen, da Herr Hesdörffer sich inzwischen in der „Gartenwelt“ (1916, Nr. 3) schon selbst

dazu geäußert hat (siehe weiter unten). Die „Berichtigung“ des Herrn Jung an die „Gartenwelt“ lautet: *)

An die Redaktion der „Gartenwelt“, Berlin SW 11.

Uns liegt die Nr. 52 der „Gartenwelt“ vor, und finden wir auf Seite 618 — 19 einen Artikel, welcher unseren Verband betrifft und erlauben wir uns hierauf folgendes zu bemerken.

Wir stellen fest daß der V. D. P. in dem Artikel „Einigkeit“ in Nr. 20 des „Privatgärtners“ vom 15. Oktober 1915 ausdrücklich betont hat, daß er alle maßvollen und friedlichen Bestrebungen unterstützen wird. Außerdem hat der Vorstand und Ausschuß des V. D. P. in seiner Sitzung vom 5. Dezember 1915 nachstehenden Beschluß gefaßt, welcher dem Reichsverband für den deutschen Gartenbau mitgeteilt worden ist und wie folgt lautet:

Zu den Einigungsbestrebungen im deutschen Gartenbau, die dahin gehen, daß verschiedene Arbeitnehmer-Verbände unter sich, wie auch Arbeitgeber und Arbeitnehmer untereinander zu nähern und zu einer Arbeitsgemeinschaft unter Führung des Reichsverbandes für den deutschen Gartenbau sich zusammenschließen, erklärt der V. D. P. sein Einverständnis. Seine besondere Stellungnahme hat er in Wahrung und Beachtung seiner Satzungen in dem Artikel „Einigkeit“ vom 15. Oktober a. c. in Nr. 20 des „Privatgärtners“ festgelegt und ist es dem V. D. P. als eingetragener Verein unmöglich, etwas anderes, als was seine Satzungen zulassen, zu beschließen. Wie schon in dem vorerwähnten Artikel gesagt, betont der V. D. P. nochmals ausdrücklich, daß er alle friedlichen und maßvollen Bestrebungen zur Förderung der Interessen des deutschen Gärtnerstandes unterstützen wird.

Weiter stellen wir fest, daß von dem V. D. P. niemals eine gemeinsame Aussprache in der fraglichen Angelegenheit abgelehnt wurde, es sind vielmehr zwei in Berlin wohnende Hauptvorstandsmitglieder des V. D. P. beauftragt gewesen, der Aussprache, welche gelegentlich der Sitzung des Reichsverbandes in Berlin am 15. November stattfinden sollte, beizuwohnen. Herr Albrecht hat auch mit einem dieser Herren am genannten Tage eine Unterredung gehabt. Wir sind in der Lage, Ihnen die diesbezüglichen Beweisstücke vorlegen zu können, und bitten Sie daher im Interesse der Wahrheit um gebl. Berichtigung in Ihrer geschätzten Zeitung. Von einer Ablehnung des Albrecht'schen Antrages durch den 1. Vorsitzenden des V. D. P. kann somit keine Rede sein, weil nicht dieser, sondern allein der Vorstand und Ausschuß des V. D. P. zur Stellungnahme in der Angelegenheit berechtigt ist. Letzterer hat aber, wie Sie aus anliegender Zeitung ersehen, seine Bereitwilligkeit zur Förderung aller friedlichen und maßvollen Bestrebungen der Interessen des deutschen Gärtnerstandes innerhalb des Reichsverbandes für den deutschen Gartenbau zugesagt.

Der V. D. P. als eingetragener Verein muß in allererster Linie auf Einhaltung seiner Satzungen bedacht sein, er kann auch nicht ohne Anhörung einer Generalversammlung und über die Meinung von ca. 2000 im Felde stehenden Mitgliedern hinweg mit anderen Vereinigungen Bündnisse abschließen, ist aber, wie schon vorstehend betont, jederzeit bereit, innerhalb des Reichsverbandes alle maßvollen und friedlichen Bestrebungen im Interesse des deutschen Gärtnerstandes zu unterstützen.

Da schlag' doch einer gleich lang hin! Schwarz soll auf einmal weiß, und weiß soll schwarz sein!

Verzeihung, wertgeschätzter Herr Jung, wollen Sie uns denn wirklich alle, alle als ausgemachte Dummköpfe und Idioten verkaufen?! Oder was ist sonst der Zweck ihrer Übung?

Dinge und Erklärungen, die so grobkörnig utage liegen wie in den Jung'schen Briefen vom 3. u. 11. November**), in einer Weise umdeuten zu wollen wie es in dieser „Berichtigung“ geschieht, dazu gehört etwas, um das man den Umdeuter wahrlich nicht beneiden braucht. Gegenüber solchen Umdeutungen aber noch ruhig und kaltblütig bleiben, das heißt entweder Fischblut in den Adern haben oder aber über Selbstbeherrschung verfügen, wie man solche nur durch ernste Selbsterziehung und viele Prüfungen des Lebens gewinnt. Wenn man unmittelbar antworten muß, dann reicht auch die gründlichste Selbsterziehung nicht aus, den Zorn gegen solche — sagen wir's gelinde — Dreistigkeiten niederzuzulassen. Aber wenn man sich Zeit nimmt und die Antwort erst nach einer Woche niederschreibt, dann kann man seine Empörungsgefühle dämpfen. Man dämpft sie um der größeren Sache und um des Zieles willen, das man sich gesteckt hat. Man hält zurück mit vielem, was man sonst berechtigt wäre zu sagen, geht nur auf das Unerläßliche ein und behandelt selbst dieses mit Geduld und Nachsicht.

Es ist also in der Form wahr: „Von dem V. D. P. wurde niemals eine gemeinsame Aussprache abgelehnt“. Sachlich unwahr ist aber, daß auch der erste Vorsitzende, Herr Jung, solche Aussprache nicht abgelehnt hat.

Wahr ist, daß nur der Vorstand und Ausschuß des V. D. P. zur Stellungnahme berechtigt gewesen wären. Ebensovahr ist aber auch, daß Herr Jung durch seine Briefe vom 3. und 11. November dieser Stellungnahme schon vorgegriffen hat und zwar in der leicht erkennbaren Absicht, damit Vorstand und Ausschuß vor eine vollendete Tatsache zu stellen, welcher die beiden nur noch nachträglich ihre Zustimmung geben sollten!

Ob „zwei in Berlin wohnende Hauptvorstandsmitglieder des V. D. P. beauftragt gewesen sind, der Aussprache, welche gelegentlich der Sitzung des Reichsverbandes in Berlin am 15. November 1915 stattfinden sollte, beizuwohnen“, das weiß ich nicht. Wenn das aber wahr ist, dann hat Herr Jung solchen Auftrag nur erteilt, weil er wußte, daß er selbst die Möglichkeit

*) Eine dieser ähnlichen „Berichtigungen“ sandte Herr Jung auch dem „Correspondenzblatt der Generalkommission“ zu und ersuchte dieses ebenfalls um Abdruck. Der Vorgang verdient um deswillen noch besondere Beachtung, weil derselbe Herr Jung, der von anderen Zeitschriften die Aufnahme seiner Berichtigungen verlangt und erwartet, die ihm von anderen Seiten zugehenden Berichtigungen einfach zurückweist. Beispiel: meine ihm zugesandte (in Nr. 44 der A. D. G. Z. bekannt gegebene) Berichtigung, die obendrein wirklich etwas berichtigte, während die hier in Frage kommende Jung'sche Erklärung das keineswegs tut.
O. A.

**) Vergl.: A. D. G. Z. 1915. Nr. 49.

dieser Aussprache schon verhindert hatte und weil er andererseits vor denjenigen Mitgliedern des V. D. P., die eine Gemeinschaftsarbeit auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen wünschten, trotzdem in der Lage sein wollte, „nachzuweisen“, daß auch er dafür zugänglich war. Hätte Herr Jung die wirkliche Absicht gehabt, jene vom Hauptvorstande des A. D. G. V. vorgeschlagene Aussprache ermöglichen zu helfen, dann würden seine Briefe vom 3. und 11. November einen ganz anderen Inhalt aufweisen als sie eben haben. Zum mindesten würde dann die Mitteilung darin enthalten sein, daß irgendwer beauftragt sei, an der vorgeschlagenen Aussprache teilzunehmen. Davon ist aber kein leiser Gedanke wahrzunehmen.

Aber die Aussprache soll sogar stattgefunden haben, denn Herr Jung schreibt jetzt: „Herr Albrecht hat auch mit einem dieser Herren am genannten Tage eine Unterredung gehabt. Wir sind in der Lage, Ihnen diesbezügliche Beweisstücke vorlegen zu können.“ — Jawohl, ich habe nach Schluß der Sitzung des Kriegsbeschädigten-Fürsorge-Ausschusses, am 13. November, an der ich für den A. D. G. V. teilnahm, mich mit Herrn Foth unterhalten, der für den V. D. P. an derselben Sitzung teilgenommen hatte. Unterhalten nämlich wie mit einigen anderen Herren, die zu keinem der drei Angestellten-Verbände gehören. Unterhalten wie man sich bei solchen Gelegenheiten eben noch zu unterhalten pflegt, mit dem einzigen Unterschiede, daß die Unterhaltung zwischen Foth und mir sich wesentlich um meine Gemeinschaftsarbeit-Anregungen gedreht hat. Aber was wir darüber gesprochen, das war ein rein persönlicher Gedankenaustausch, konnte anderes gar nicht sein, und viel war das auch nicht. Keiner von uns sprach da als Vertreter seines Verbandes. Wir haben ganz kurze Zeit neben dem Versammlungstische gestanden und dann unser Gespräch im Weggehen noch etwas fortgesetzt. Von der Anwesenheit eines zweiten Mitgliedes des V. D. P. habe ich überhaupt nichts bemerkt. —

Nummehr hat allerdings, wie wir jetzt erfahren, auch der Vorstand und Ausschuß des V. D. P. zur Sache Stellung genommen, in einer Sitzung am 5. Dezember, und in dieser hat man den in der Jung'schen „Berichtigung“ mitgeteilten Beschluß gefaßt. Ich erkenne aus dem letzteren, daß der Vorstand und Ausschuß sich gegen Herrn Jungs Haltung gewandt haben und daß Vorstand und Ausschuß meinen Anregungen dem Grunde nach zustimmen. Sehr deutlich ist aus demselben Beschlusse aber auch der verneinende und ablehnende Geist des Herrn Jung wieder erkennbar, der dem Beschlusse die Form und den Wortlaut gegeben hat; denn es heißt da: „... erklärt der V. D. P. sein Einverständnis, daß verschiedene Arbeitnehmer-Verbände unter sich ... einander nähern und sich zu einer Arbeitsgemeinschaft unter Führung des Reichsverbandes f. d. d. G. zusammenschließen“. Warum eigentlich „unter Führung des Reichsverbandes“? Weil Herr Jung weiß, daß sowohl der A. D. G. V. als auch der D. (nation.) G. V. dem Reichsverbande gar nicht angehören. Trotzdem könnte man es ja immer noch so auslegen, als sei gemeint, der Reichsverband solle diesen Zusammenschluß zur Gemeinschaftsarbeit nur als ehrlicher Makler vermitteln. Herr Jung gibt indessen dem Beschluß sofort seine Auslegung: „Förderung der Bestrebungen der Interessen des deutschen Gärtnerstandes innerhalb des Reichsverbandes“, jederzeit bereit, innerhalb des Reichsverbandes alle maßvollen und friedlichen Bestrebungen ... zu unterstützen“. Also Voraussetzung: erst dem Rahmen des Reichsverbandes organisatorisch eingefügt sein! Und diese Voraussetzung fehlt eben, wie Herr Jung weiß; denn einmal paßt der A. D. G. V. bisher in diesen Rahmen nicht hinein, und zum andern würde selbst eine entsprechende Erweiterung dieses Rahmens heute noch nicht ausreichen dort so ohne weiteres die Einordnung zu vollziehen. — Der vorstands- und ausschußseitig ausgedrückte Wunsch und Wille kann also gar nicht wirksam werden. Das aber ist es, worauf es Herrn Jung ankommt. Er tut alles, was zur Verhinderung möglich ist: er hat aber gleichwohl nicht den Mut, dies und seine ganze Gegnerschaft auch offen zu bekennen.

Soll ich noch etwas über den Hinweis auf die Eigenschaft des V. D. P. als „eingetragener Verein“ sagen? Solche Mätzchen sollte Herr Jung nur jemand erzählen, der keine Krompe am Hut hat! Das gleiche trifft bezüglich der Satzungen zu, die Vereinbarungen der in Frage kommenden Art angeblich nicht zulassen würden. Solche Vereinbarungen würden im Gegenteil nicht bloß nicht gegen die Satzungen verstoßen, sondern sogar deren Geist erst richtig zur Entfaltung bringen helfen! Hat man sich denn übrigens ebensolche Gewissensbedenken gemacht, als man sich dem Bündnis des Reichsverbandes anschloß? Auch davon stand und steht ja nichts in den Satzungen!

Schließlich kam aber, wie Herr Jung genau weiß, bei dem Vorschlage des A. D. G. V. ein Bündnisabschluß oder der Abschluß sonstiger bindender Vereinbarungen gar noch nicht in Frage, sondern nichts weiter als eine „gemeinsame unverbindliche Aussprache“. Und diese sogar ging Herrn Jung wider den Strich! —

Wenn Herr Jung, wie er sich herauszureden versucht, seinen gepflogenen Briefwechsel jetzt nicht als vorstandsseitige Beantwortung des vom 20. Okt. 1915 datierten, vom Hauptvorstande

des A. D. G. V. herrührenden Briefes gelten lassen will — mir könnte das nur angenehm sein. Warum in aller Welt hat Herr Jung dann in der Sitzung des Vorstandes und Ausschusses des V. D. P. vom 5. Dezember keinen Beschluß zur Beantwortung fassen lassen? Eine allgemeine, viel oder wenig sagende Erklärung an den Reichsverband ist doch nimmermehr eine Antwort an den A. D. G. V.! Und solche Antwort wäre wohl schon aus einfachen Höflichkeitsgründen am Platze gewesen, was Herr Obergarteninspektor H. R. Jung als formal hochgebildeter Mann sicherlich weiß.

Und nun zum Schlusse.

Ich bin heute überzeugt, daß diejenigen im Rechte sind, die mich schon immer vor Herrn Jung gewarnt haben, der im Grunde seines Wesens ein Widersacher aller Bestrebungen sei, die sich auf eine Gemeinschaftsarbeit mit Gehilfenverbänden richten. Und der, weil ihm das tiefere Verständnis für die sozialwirtschaftliche Lage der wirklichen Privatgärtner, im besonderen ihrer Durchschnitts- und unteren Schichten abgehe, nicht einmal für ernste sozialwirtschaftliche Bestrebungen im V. D. P. ernstliches Wollen habe. Dem es vielmehr genügt, daß die Tätigkeit des V. D. P. sich in einfachen Unterstützungs- und diesen ähnliche Bestrebungen erschöpft. Wenn dem aber so ist, dann ist seine eben bloßgelegte Haltung auch voll erklärlich.

Bin ich aber im Irrtum und waren jene geschilderten Umstände nur gewisse Ungeschicklichkeiten, — sollte demnach die Vorstands- und Ausschluß-Erklärung vom 5. Dezember als ein Rückzug von dem als falsch erkannten Wege zu werten sein, oder auch nur als in der Form verfehlt, in der Sache aber meinen ursprünglichen Anregungen dem Grunde nach zustimmend?

Was hindert dann den V. D. P., jetzt seinerseits zu einer unverbindlichen Aussprache einzuladen oder sonst einen Weg zu einer solchen ausfindig zu machen? Gegen unverbindliche Erörterungen könnte und würde sicherlich kein einzelnes Mitglied sachliche Bedenken erheben, auch die draußen im Felde werden es nicht.

Ein Vorstand, der etwa sagt, er könnte dafür die Verantwortung nicht übernehmen, füllt die Stelle nicht aus, für die er berufen wurde, oder er benutzt solchen Einwand als Vorwand für andere Gründe. In letzterem Falle sollte er den Mut haben, seine Gründe so deutlich zu sagen, daß an seiner Erklärung nicht zu drehen und zu deuteln ist. Ich glaube aber, der Vorstand — will, und der Ausschluß — will auch. Wer nicht will, das habe ich hier stark genug unterstrichen. Habe ich diesem Nichtwollenden Unrecht getan, so hat er hinreichende Gelegenheiten, mir das durch entsprechende Handlungen nachzuweisen und mich also zu widerlegen. Ich würde gewiß der letzte sein, der unbekehrbar bei einer falschen Ansicht beharrt.

Wenn irgend jemand meine vorstehenden Ausführungen als ein „Nachlaufen“ auslegen wollte, so müßte ich mich dagegen sehr verwahren. Nachzulaufen und zu bitten habe ich ebensowenig nötig, als es der A. D. G. V. hat. Aber vor der Kollegenschaft und der Geschichte nachzuweisen und festzustellen, wer den Willen zu einem gedeihlichen Neben- und Miteinanderarbeiten hat und wer nicht, das war und ist notwendig gegenüber etwaigen späteren Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit.

Berlin, 12. Januar 1916.

Otto Albrecht.

Die „Gartenwelt“ zur Haltung des Herrn H. R. Jung.

Der Herausgeber der „Gartenwelt“ schreibt zu der Jung'schen „Berichtigung“:

Zu unserer Notiz, betreffend das Scheitern der Gemeinschaftsarbeit der Gehilfen- und Angestelltenverbände, sendet uns der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Privatgärtner eine längere Erklärung, in welcher er seine Stellungnahme in dieser Angelegenheit zu rechtfertigen sucht. Diese Erklärung ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Hauptverwaltung des genannten Verbandes nach der bisher unwidersprochen gebliebenen öffentlichen Erklärung des Herrn Albrecht die Teilnahme an der von diesem vorgeschlagenen ganz unverbindlichen gemeinsamen Aussprache abgelehnt hat während der Allgemeine Deutsche Gärtner-Verein und der Deutsche Gärtnerverband zu solcher Aussprache bereit waren. In seinem an uns gerichteten Schreiben führt der Vorsitzende des Privatgärtnerverbandes aus, daß von einer Ablehnung des Albrecht'schen Antrages durch ihn (den Vorsitzenden) keine Rede sein könne, weil nicht der Vorsitzende, sondern allein der Vorstand und Ausschluß zur Stellungnahme in der Angelegenheit berechtigt seien. Letzterer habe aber im Vereinsorgan seine Bereitwilligkeit zur Förderung aller friedlichen und maßvollen Bestrebungen der Interessen des deutschen Gärtnerstandes innerhalb des Reichsverbandes für den deutschen Gartenbau zugesagt. Um so verwunderlicher ist es, daß die Teilnahme an einer gemeinsamen, durchaus unverbindlichen Besprechung abgelehnt wurde. Wenn der Privatgärtnerverband, wie uns der Vorsitzende schreibt, als eingetragener Verein nicht ohne Anhörung einer Generalversammlung und nicht ohne über die Ansichten von etwa 2000 im Felde stehenden Mitglieder gehört zu haben, in der fraglichen Einigungsangelegenheit Beschluß fassen will, bezw. kann, so finden wir dies ganz in der Ordnung, aber zwischen einer endgültigen Beschlussefassung und der Teilnahme an einer unverbindlichen gemeinsamen Besprechung besteht doch ein himmelweiter Unterschied. Kaiser Wilhelm II. hat kurz nach Ausbruch des gegenwärtigen Krieges erklärt, daß er keine Parteien mehr kenne, sondern nur noch Deutsche! Man begrabe jetzt doch endlich, wenn auch nur für die Kriegszeit, den kleinlichen Parteihader innerhalb der gärtnerischen Fachvereine und schließe sich wenigstens da, wo politische Parteien gar nicht in Betracht kommen, zu ersprißlicher Gemeinschaftsarbeit zusammen. Für die Arbeit-

nehmerverbände würde sich dann reichlich Gelegenheit zu einer ersprißlichen Zusammenarbeit bieten, zur Hebung des Gehilfen- und Privatgärtnerstandes, zur Bekämpfung der Forderung der Kinderlosigkeit und Kinderzahlbeschränkung der Privatgärtner, zur Beseitigung der unwürdigen Ausnutzung der Arbeitskraft der Frauen vieler Privatgärtner, Regelung der Arbeitszeit, Besserung der Wohnungsverhältnisse, menschenwürdige Bezahlung usw. „Vereinter Kraft gar leicht gelingt, was einer nicht zustande bringt.“ M. H.

Nachrichten von unsern Mitgliedern im Felde.

Aus dem Gau Hamburg:

G. Sieke befindet sich in französischer Gefangenschaft. — Emil Sauber, Hamburg, liegt im Lazarett Barmbeker Krankenhaus. — Schwarten und Hedte, Hamburg, liegen in Lazaretten, wo, uns unbekannt.

Aus dem Gau Düsseldorf:

Karl Leschner, Remscheid, wird laut Feldpostangabe vermißt.

Aus dem Gau Frankfurt a. M.:

Johann Treter, Mannheim, liegt im Kriegslazarett 8, Etappen-Inspr. der 3. Armee, Lazarett Freie Schule.

Aus der Ortsverwaltung und dem Gau Berlin:

Karl Plehn, Nieder-Schönhausen, liegt verwundet im Res.-Lazarett Jordanbad, Biberach a. d. Riß (Württemberg). — Gardejäger W. Brennecke liegt verwundet in Friedrichshafen am Bodensee, Res.-Laz. St. Antonius.

Das Eisene Kreuz erhielt Tschirsch, Hamburg.

Rundschau

Berlin. In Urlaub reisende Soldaten, Verbandsmitglieder und Nichtverbandsmitglieder, die Berlin passieren, werden auf die Herberge des Berliner Gewerkschaftshauses, Engelufer 15, aufmerksam gemacht, wo sie bereits von 45 Pfg. an freundliche und reinliche Unterkunft finden. Einzelzimmer stehen mit 1,50 Mk., Zimmer mit zwei Betten das Bett mit 80 Pfg. zur Verfügung. Nächste Bahnhöfe: Schlesischer Bahnhof und Görlitzer Bahnhof. Entfernung von jedem dieser Bahnhöfe eine knappe Viertelstunde. Verschiedene Straßenbahnen führen zum Gewerkschaftshause hin.

Julius Saube †. Gänzlich unerwartet ist am Sonntag, den 16. Januar, der Hauptvorsitzende des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands, Julius Saube, im Alter von 65 Jahren an einem Herzschlage verstorben. Saube leitete seit dem Jahre 1907 den Verband als Vorsitzender und übte daneben auch die Schriftleitung der Verbandszeitung aus. Der Verband der Kupferschmiede verliert in ihm einen treuen Führer und Kollegen, der allezeit sein Bestes in den Dienst der Gewerkschaftssache stellte.

Sterbetafel.

Das Mitglied der Ortsverwaltung Hamburg, Kollege

Bartholomäi,

geb. 21. Dez. 1863, eingetret am 5. April 1905, ist verstorben.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Ortsverwaltung Hamburg.

Gedenktafel

für unsere im Kriege gefallenen Mitglieder.

Gustav Gerber,

geb. 30. März 1893 in Breslau, eingetr. 15. Febr. 1913 in Berlin, zuletzt in Breslau, ist infolge Verschüttung durch Granatschuß den Tod fürs Vaterland gestorben.

Erich Grieb,

geb. 15. April 1881, eingetr. 9. Okt. 1913 in Hamburg, ebendort zuletzt Mitglied, ist gefallen.

Gustav-Oppermann,

eingetr. in Magdeburg und ebendort zuletzt Mitglied, ist am 24. Dez. 1915 infolge Kopfschusses gefallen.

Ernst Schürmann,

geb. 29. Juli 1895 in Stolp i. Pom., eingetr. 7. März 1913 in Berlin, zuletzt in Köln a. Rh., ist laut Angabe des Bataillons am 13. Dez. 1915 verstorben.

EHRE IHREM ANDENKEN!

Verkehrstokale für Gärtner.

Braunschweig. Verkehrstokal

Restaur. Bierkloche, Ecke

Schloßstr. Vers. alle 14 Tz.

Samstags.

Mannheim. Herberge: Gewerk-

schaftshaus F. 4. 8. Verkehrs-

lokal im Rest. zur Bergstraße

S. 4. 8. Arbeitsnachweis b. Ar-

thur Dreesbach, Burgstr. 29. IV.

Stettin. Volkshaus, Gr. Ode-

str. 18-20. Vers. das alle 14

Tage Sonnabends. Ausk. bei

G. Winter, Langestr. 27.

Zürich. Gasthof hinter Stern

Bellevuepl. Vereinslok. u

Herb. Vers. j. i. u. 3. Samst

i. M. St.-Nachw. led. A. 7-8 1/2